



Rahmenabkommen mit der EU ist ein Frontalangriff

Im Zuge der Grünen Welle, die insbesondere die arbeitende Bevölkerung belastet, werden wichtige Themen totgeschwiegen. So beispielsweise das Rahmenabkommen mit der EU, das ein Frontalangriff auf unsere Freiheit, Sicherheit und Unabhängigkeit wäre.



Liebe Leserinnen und Leser

Der Herbst hat Einzug gehalten und es wird sich zeigen, ob die Grüne Welle anhalten wird. Die Wählerinnen und Wähler werden spüren, dass die von der damaligen Bundesrätin Doris Leuthard berechnete Belastung pro Haushalt von CHF 40 pro Jahr bei Weitem nicht ausreichen wird. Alleine die angekündigte Erhöhung der CO₂-Abgaben von CHF 120 auf CHF 210 pro Tonne CO₂ auf die Brennstoffe, werden Auswirkungen nach sich ziehen. Alle transportierten Güter werden dadurch teurer. Die arbeitende Bevölkerung, die auf das Auto angewiesen ist, wird nicht nur mit dem Aufschlag auf den Brennstoff bestraft –

nein, nämlich auch bei den Steuern, wo entgegen der SVP der Pendlerabzug gekürzt wurde. Die Rückverteilung an die Haushalte und die Wirtschaft machen die Klimabelastung nicht kleiner.

Der Herbst ist auch in der Politlandschaft eingezogen. Wichtige Themen wie der EU-Rahmenvertrag werden von den Medien totgeschwiegen, um ja nicht der SVP eine Plattform zu geben. Ein Rahmenabkommen mit der EU wäre ein Frontalangriff auf unsere Freiheit, Sicherheit und Unabhängigkeit. Nach den jüngsten Aussagen von Petra Gössi, will nun auch die FDP den EU-Rahmenvertrag ohne Entgegenkommen der EU befürworten. Dieser hätte Auswirkungen auf die Mehrwertsteuer, den Binnenmarkt, die Landwirtschaft, die Kantonalbanken, die Gebäudeversicherungen, die Berufsausbildung usw. Und staatliche Beihilfen für Energieunternehmen und Kantonalbanken wären nicht mehr möglich.

Gehen Sie wählen, mobilisieren Sie Freunde, Bekannte und Verwandte. Es braucht mehr SVP, andernfalls wird immer mehr die Schweiz aufgegeben. Danke!

Angela Lüthold-Sidler
Präsidentin SVP Kanton Luzern

Wichtiges im Oktober >>

- 20 | Eidgenössische Wahlen
- 21 | Session Kantonsrat
- 22 | ggf. Ausserordentliche Delegiertenversammlung
- 28 | Session Kantonsrat

Infos über die SVP Kanton Luzern:
www.svplu.ch

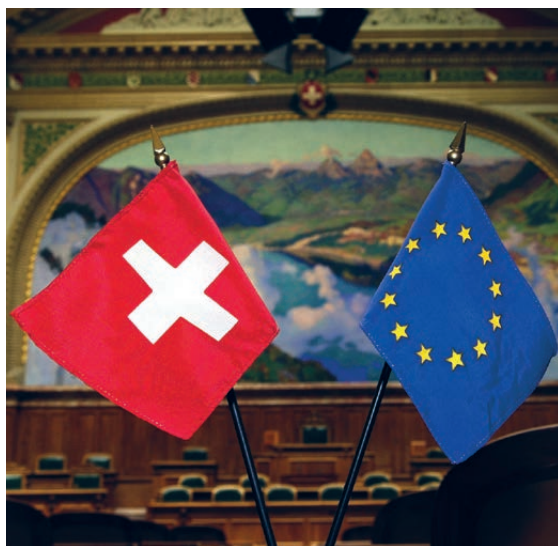
AUS DER REDAKTION

Aus dem «SVP Kurier» wird neu die «SVP news», das offizielle Mitteilungsblatt der SVP des Kantons Luzern. Die «SVP news» erscheinen monatlich und sind als online-Version jeweils aktuell auf der Website der SVP Kanton Luzern zum Download bereit. Selbstverständlich kann auf Bestellung eine Printversion zugestellt werden.

Mit den «SVP news» will die Parteileitung des SVP Kanton Luzern schneller und fokussierter über wichtige Themen und Entscheidungen informieren. Zudem soll auch den Ortsparteien eine Plattform für ihre politische Arbeit geboten werden.

Bei Interesse kontaktieren Sie das Sekretariat der SVP Kanton Luzern: sekretariat@svplu.ch

Wir freuen uns über Ihre Rückmeldung
Die Parteileitung der SVP Kanton Luzern



Das müssen Sie wissen

Nein zum Rahmenvertrag



Die Schweiz wäre nicht mehr gleichberechtigte Verhandlungspartnerin, vielmehr reine Befehls-empfängerin Brüssels.



Der Rahmenvertrag ist unter dem Strich nichts Weiteres als ein Unterwerfungsvertrag für die Schweiz. Wer ihm zustimmt, gibt sein Stimmrecht ab und hilft der heimischen Wirtschaft keineswegs. Deshalb Nein zum Rahmenvertrag.

Die Schweiz liegt geografisch in der Mitte Europas. Aufgrund dieser Nähe, aber auch wegen ihrer Grösse und ihrer Kaufkraft, ist die Europäische Union (EU) der wichtigste Partner der Schweiz. Die Schweiz ist aber auch einer der wichtigsten Handelspartner der EU. Gemäss Bund werden pro Arbeitstag Waren im Wert von rund 1 Milliarde Schweizer Franken zwischen der Schweiz und der EU ausgetauscht. Damit ist die Schweiz, zusammen mit den USA und China, der wichtigste Handelspartner der EU. Bezeichnend ist jedoch, wie unterschiedlich die Verhältnisse sind. Während die EU vor den USA und China bei jeder Gelegenheit katzbuckelt, führt man gegen die kleine Schweiz die harte Hand.

Stimmrecht der Schweizer unterbunden

Am 21. Dezember 2012 verlangte Brüssel von Bern die «institutionelle Anbindung» der Schweiz. Der Bundesrat antwortete mit dem Vorschlag eines Rahmenvertrags. Im Vorvertrag ging der Bundesrat denn auch Konzessionen gegenüber Brüssel ein. Damit beendeten aber beide den «bilateralen Weg». Die Schweiz wäre nicht mehr gleichberechtigte Verhandlungspartnerin, vielmehr reine Befehls-empfängerin Brüssels. Dadurch ist der Rahmenvertrag de facto ein Unterwerfungsvertrag. Zudem ist er auch ein Frontalangriff auf die Direkte Demokratie: Zu allem, was in Verträgen mit der EU vereinbart ist, wird das Schweizer Stimmvolk nichts mehr zu sagen haben.

Abweichungen von den Vereinbarungen hängen dann vom Goodwill der EU ab oder sie werden mit Ausgleichsmassnahmen gegen die Schweiz bestraft. Vor diesem Hintergrund überrascht auch nicht, dass sich neu auch der Schweizer Bauernverband gegen das Rahmenabkommen stellt.

Eigenständige Agrarpolitik in Gefahr

Der Schweizer Bauernverbands (SBV) hält in einer Stellungnahme zum Rahmenabkommen fest, dass er sich stets zum bilateralen Weg bekannte. Das jetzige Rahmenabkommen führt aber gemäss Auffassung der Bauernfamilien zu einem erheblichen Souveränitätsverlust der Schweiz und stellt eine eigenständige Schweizer Agrarpolitik in Frage. Auch in Zukunft müssen weiterhin eine souveräne Schweizer Landwirtschaftspolitik und staatliche Beihilfen möglich bleiben. Ebenso ist es wichtig, dass eine gentechfreie Produktion auch in Zukunft gewährleistet ist.

Die Handelsbeziehungen

Zweifellos ist die EU ein wichtiger Handelspartner der Schweiz. Dennoch ist festzuhalten, dass der Anteil der Schweizer Exporte in Länder der EU seit Jahren rückläufig ist. Mit dem Brexit sinkt der Anteil der Schweizer Exporte in die EU auf unter 40 Prozent. Massives Wachstum erfährt der Schweizer Aussenhandel dagegen vor allem mit Fernost sowie mit den USA. Die Schweiz ist zweifellos an geregelterm Handel mit der EU interessiert. Der von Brüssel geforderte Rahmenvertrag entpuppt sich aber als Unterwerfungsvertrag, weil er der Schweiz Selbstbestimmung und Handlungsfreiheit raubt.

Nachgefragt bei



Urs Dickerhof
Fraktionspräsident
SVP Kanton Luzern

Was sagen Sie zum neuen Legislaturprogramm des Kantons Luzern?

Der Regierungsrat hat am 30.08.2019 sein Legislaturprogramm 2019–2023 präsentiert. Dabei fokussierte er sich auf den Wandel: Den gesellschaftlichen, den digitalen sowie den Klimawandel. Es ist enttäuschend, dass sich der Regierungsrat nur nach den Trends richtet und es verpasst selber Ziele zu erarbeiten. Auch ist nicht ersichtlich, wie sich die Zusammenarbeit im neuen Regierungsrat gestalten wird, nach der feindlichen Übernahme des Finanzdepartements durch die CVP.

Nach der bisherigen Analyse sind wir der Meinung, dass der wirtschaftlichen Entwicklung und damit der Schaffung sowie Sicherung von Arbeitsplätzen zu wenig Gewicht beigemessen wird. In einer sich langsam abkühlenden Wirtschaft wird es umso wichtiger sein, eine wirtschaftsfreundliche Politik zu machen. Hier werden wir Korrekturen fordern.

Interview Franz Grüter

Keine Fehler in den erfolgreichen Jahren

Franz Grüter will für den Kanton Luzern in den Ständerat. Sein Ziel verfolgt er mit klaren politischen Positionen und einem engagierten Wahlkampf. Vor dem Wahlsonntag erzählt er weshalb er kein Innovationsverhinderer ist und wovor er warnt.

Trotz engagiertem Wahlkampf ist Franz Grüter an diesem Samstag, wie immer gut gelaunt. Er nimmt sich Zeit und spricht mit zahlreichen Personen. Im Interview sind seine Antworten bescheiden, aber auch sehr präzise, mit dem Blick fürs Ganze.

Sie haben eine Lehre als LKW Mechaniker gemacht und sind heute der Kopf eines internationalen IT-Unternehmens. Was ist ihr Erfolgsrezept?

Ehrlich gesagt ist es keine Karriere, die ich so geplant habe (lacht). Ich war schon immer sehr technikinteressiert. Relativ früh habe ich gemeinsam mit meinem Bruder eine Start-up Firma gegründet. Wir haben in einer Zeit begonnen, als der IT-Bereich zu boomen begann. Ich hatte auch viel Glück und habe immer viel gearbeitet.

Sie haben aber ebenfalls eine Stiftung gegründet: Schweizerische Stiftung für Arbeit und Weiterbildung. Was ist Ihr Anliegen?

Es gibt immer mehr Arbeitslose über 50 Jahre. Wir wollen die älteren Arbeitssuchenden unterstützen. Es ist wichtig, dass man etwas macht, denn die Wirtschaft braucht die älteren Arbeitnehmer.

Sie sind auch ein Politiker, der sich stark exponiert, etwa beim E-Voting Moratorium. Weshalb?

Zu Beginn hatten die Leute kein Verständnis dafür, dass sich ein IT-Unternehmer gegen das elektronische Abstimmen stellt. Ich habe gesehen, wie die Systeme aufgesetzt sind und dass sie riesige



Schwachstellen hatten. Das wollte man am Anfang auch nicht wahrhaben, bis auch internationale Sicherheitsexperten Schwachstellen ausgemacht haben. Ich bin kein Innovationsverhinderer, aber im Falle von E-Voting sind die Voraussetzungen für eine Einführung noch nicht gegeben.

Das Komitee für eine e-Voting Moratorium ist politisch sehr durchmisch. Arbeiten Sie oft über die Parteigrenzen hinweg?

In der Schweiz gibt es keine Partei mit der absoluten Mehrheit und das ist gut so. Wenn man politisch etwas erreichen will, ist man auf Allianzen angewiesen. Mir ist es gelungen ein historisch einmalig breit abgestütztes Komitee auf die Beine zu stellen.

Welches Thema beschäftigt Sie zudem?

Die Schweiz hatte in den vergangenen Jahren eine Hochkonjunktur und Erfolg. Wir spüren aber langsam eine Abkühlung der Wirtschaft. Es ist wichtig, dass wir jetzt in den erfolgreichen Jahren keine Fehler machen, sondern dass wir Sorge zu unseren Arbeitsplätzen und Wirtschaft tragen. Dafür setze ich mich auch in Zukunft ein.

Bild des Monats



Fraktionsausflug der SVP Kanton Luzern

Am 10. September 2019 fand der traditionelle Fraktionsausflug der SVP Kanton Luzern statt. Dieser führte heuer in die Gemeinde Emmen. Nach einem Besuch des Emmen Centers machte sich die gesamte Fraktion, die ebenfalls sämtliche Richter sowie Alt-Kantonsrätinnen und -räte umfasst, auf dem Weg zum Stadion Gersag. Dort wartete ein spannender Unterhaltungswettkampf auf die Gäste. Am Abend bot Brigadier Hugo Roux, Kommandant Lehrverband Fliegerabwehr 33, einen vielfältigen Einblick in seine Tätigkeit. Der Ausflug klang bei einem gemütlichen Essen aus.



Die SVP ist die einzige bürgerliche Partei, die sich für eine unabhängige Schweiz und das Wohl ihrer Bürgerinnen und Bürger einsetzt.



Es ist mir wichtig, Ihnen allen vorerst für die grosse Arbeit und Ihr Engagement für die nationalen Wahlen zu danken.

Liebe Luzerner SVPlerninnen und SVPlern

Auf uns wartet aber noch ein strenger Endsprint. Noch 9 Tage und dann wird die Zusammensetzung des Nationalrates und ggf. des Ständerates für die kommenden vier Jahre bestimmt. Gerade in dieser Phase des Wahlkampfes ist es wichtig, dass wir nicht nachlassen, denn die SVP ist die einzige bürgerliche Partei, die sich für eine unabhängige Schweiz und das Wohl ihrer Bürgerinnen und Bürger einsetzt. **Frei und sicher – darum Liste 2 und Franz Grüter in den Ständerat.**

Herzlichen Dank für Ihr Engagement

Angela Lüthold-Sidler,
Präsidentin SVP Kanton Luzern

IMPRESSUM

Das «SVP news» erscheint monatlich und kann als PDF-Datei unter www.svp-lu.ch gelesen und heruntergeladen werden.

Redaktion & Grafik: b2000 AG, 6020 Emmenbrücke
Redaktionsverantwortung: Parteileitung SVP Kanton Luzern, sekretariat@svplu.ch

Innovation statt Repression

Der Umwelt wird mehr geholfen, wenn man der Wirtschaft verhältnismässige Rahmenbedingungen gibt, anstatt dass man weitere Regulierungen, Steuern und Gesetze einführt. Diese Grundhaltung hat die SVP Kanton Luzern in einem neuen Klimapositionspapier festgeschrieben. Eine Zusammenfassung.

Der Klimaschutz ist heuer in aller Munde. Politisch wird dies teilweise sogar von links-grün ausgeschlachtet und der SVP wird vorgeworfen, dass sie sich nicht dafür interessiere. Der Vorwurf stimmt teilweise: Die SVP beschäftigt sich mit dem Klima nicht erst seit heute, sondern sie achtet auf unsere Umwelt, unsere Ressourcen sowie zu unserer Schweiz seit jeher. Genau diese Grundhaltung ist in das neue Positionspapier der SVP Kanton Luzern zur Klimapolitik mit dem Titel «Innovation statt Repression» eingeflossen. Ein Überblick.

Wirtschaft vor Ort

Es ist wirtschaftlich ein wichtiges Anliegen die Unternehmen in unserem Kanton zu halten und anzusiedeln. Dies wirkt sich nicht nur ökonomisch positiv auf unseren Kanton aus, sondern hat auch ökologische Vorteile: Durch lokale Arbeitsplätze gibt es weniger Pendler und die Produkte und Dienstleistungen werden nur über kurze Distanzen transportiert.

Lokale Produkte vor ausländischer Ware

Indem die lokale Produktion von landwirtschaftlichen Gütern gefördert wird, verringern sich die Transportwege. Produkte, die in der Schweiz hergestellt werden, weisen höhere Qualitätsstandards auf, als ausländische Ware. Dadurch wird die Umwelt weniger

verschmutzt und zudem sind auch die gesundheitlichen Effekte für die Konsumenten besser. Daher gilt es den Eigenenergiegrad im Kanton Luzern zu erhöhen.

Gesamtheitlicher Blick auf den Verkehr

Mobilität ist ein zentrales Bedürfnis der Menschen. Gerade deshalb ist es bei der Verkehrspolitik zentral, dass man einen gesamtheitlichen Blick darauf wirft. Es ist richtig, dass man in den Zentren den öffentlichen Verkehr fördert, aber die Zentren müssen für alle Verkehrsarten erreichbar bleiben. So fordern wir auch, dass Motorfahrzeugsteuern für den Strassenbau eingesetzt werden, damit genügend Mittel für eine ganzheitliche Mobilitätsstrategie zur Verfügung stehen und sich die Transportarten nicht gegeneinander ausspielen.

Ausstoss finanziell nachhaltig senken

Wie in unserer gesamten Klimapolitik fordern wir auch bei den Gebäuden eigenverantwortliches Handeln. Daher sind wir gegen Technologieverbote und Erhöhungen von Brennstoffabgaben. Wir plädieren eher dafür, dass umweltschonende Massnahmen stärker von den Steuern abgesetzt werden können. So soll der CO₂-Ausstoss von Gebäuden finanziell nachhaltig gesenkt werden.

Motorfahrzeugsteuern sollen für den Strassenbau eingesetzt werden.

